

Der Lacoma-Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes

etwas unjuristisch kommentiert (August 2007)

Viele Menschen reagierten bestürzt, als am 11. Juli das Oberverwaltungsgericht (OVG) eine aufschiebende Wirkung zugunsten der Lacomaer Teiche ablehnte und damit die Chancen auf eine Rettung dieser Landschaft vor dem Vattenfall-Tagebau beendet schienen. Es wird Zeit, ein wenig genauer über die Inhalte des Gerichtsbeschlusses zu schreiben, für die juristisch und fachlich komplizierte Lage einige verständliche Beispiele zu bringen. Drei Probleme prägten das Verfahren: das sogenannte „öffentliche Interesse“ am Tagebau, die Frage der Ersetzbarkeit der Landschaft und die fehlende FFH-Gebietsliste.

Welches Interesse überwiegt

Ende 2006 hatte die Europäische Kommission (ausdrücklich unverbindlich) dem Vorhaben vor allem wegen dessen Arbeitsmarkteffekten zugestimmt. Informiert hatte das Land Brandenburg die Kommission zuvor darüber, dass 1800 Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Abaggerung der Teiche abhängen würden. Noch nie diese Zahl gehört? Nicht so schlimm, sie stimmt ja auch gar nicht. Man nehme eine beliebige Zahl Arbeitsplätze, in der bereits Aufträge an Fremdfirmen eingerechnet sind und multipliziere sie mit dem handelsüblichen Faktor für indirekte Arbeitsplatzeffekte (bestehend größtenteils aus den Fremdfirmen!). Was rauskommt ist in jedem Fall so imposant wie falsch. Dieselben Arbeitsplätze werden dabei zwangsläufig doppelt und dreifach gezählt, die Europäische Kommission muß beeindruckt gewesen sein von der Wichtigkeit der Abaggerung. Das Oberverwaltungsgericht löste das Problem offensichtlich manipulierter Arbeitsplatzzahlen mehr oder weniger elegant, indem es einfach für unerheblich erklärte, ob die Zahlen stimmen. Dem Beschluß nach scheint das zwingende öffentliche Interesse schon dann klar gegeben zu sein, wenn irgendeine Anzahl Arbeitsplätze über irgendeinen Zeitraum gesichert wird.

Die Sicherung von Arten und Lebensräumen

Nach Ansicht der Kläger ist Lacoma nicht ersetzbar, doch um das zu beweisen, braucht man vor Gericht Beispiele, die auch den entsprechenden gesetzlichen Schutzstatus genießen. Gerade bei Stillgewässerlebensräumen ist das Defizit nicht zu übersehen, 70 ha Teiche verschwinden, 20 ha wurden bei Dissen neu gebaut. Da aber nicht der gesunde Menschenverstand, sondern der europarechtlich geschützte „Lebensraumtyp 3150“ einklagbar ist, wurde viele Seiten lang über diese Unterwasserpflanzen gestritten. Vattenfall repariert das Defizit, indem einzelne längst bestehende Peitzer Teiche als neugeschaffener Lebensraum angerechnet werden. Dabei konnte sich selbst die EU-Kommission nicht die Bemerkung verkneifen, dass die dortigen Maßnahmen „fachlich zweifelhaft“ seien. Für solche Diskussionen bedient sich das Bergbauunternehmen sogenannter „fachgutachterlicher Stellungnahmen“. Für jedes Problem ein Gutachten, egal ob vielleicht dasselbe drinsteht wie bereits im Planfeststellungsantrag - vier externe Gutachterbüros waren stets der Meinung ihres Auftraggebers und beeindruckten die Richter mit vielen Seiten Papier, Diplomtiteln und bunten Karten. Und natürlich sieht das OVG das, was diese Gutachter schreiben als „nachvollziehbar ausgeführt“ an. Wem das Geld für ein externes Gutachten mit buntem Deckblatt fehlt, wer also selbst seinen Sachverstand benutzen muß, der kann im Rechtsstaat halt Pech haben, weil er die Ergebnisse der Gutachten „nicht substantiiert in Frage stellen konnte“. Es stellt sich auch die Frage, ob Geld für ein Gutachten überhaupt geholfen hätte, denn viele Büros wollen dafür

nicht riskieren, über Jahre keine Aufträge bestimmter Unternehmen mehr zu bekommen.

Wenn die Telefondrähte glühen

Brandenburg hatte um Jahre verspätet seine europäischen Schutzgebiete nach Brüssel gemeldet und mußte im Herbst 2006 erschreckt feststellen, dass sich die europaweite Schutzgebietsliste nun genauso viel Zeit ließ. Und ohne fertige europaweite Liste kennt die geltende Richtlinie keine Ausnahmeverfahren zur Zerstörung von Schutzgebieten. Dabei hatte man doch mit der Verzögerung von Gebietsmeldungen der Wirtschaft ursprünglich einen Gefallen tun wollen. Ein klassisches Eigentor der Lobbyisten. Aber für solche Fälle haben sie Presseabteilungen, die der Welt erklären, dass das komplizierte Europarecht Schuld ist.

Im Juni 2007 kam nun auch das Lacoma-Verfahren damit in die Schlagzeilen, dass eine Vorlage des Falles an den Europäischen Gerichtshof erwogen wurde. Das OVG machte sinngemäß klar: wir würden den Tagebau ja gern durchwinken, aber der Europäische Gerichtshof (EuGH) sagt in einem aktuellen Urteil viel zu eindeutig, dass das so nicht geht. Wir werden ihn wohl fragen müssen. Das Gericht gab beiden Parteien eine Galgenfrist dazu Stellung zu nehmen und war drei Wochen später komplett umgeschwenkt. Ganz klar sei alles europarechtskonform und allein entscheiden kann man darüber auch,, (Europäisches Recht darf allein vom EuGH ausgelegt werden!) begründet mit Argumenten, denen das Gericht auch drei Wochen zuvor schon hätte zustimmen können. Man fragt sich, mit wem sich die unabhängigen Richter in der Zwischenzeit unterhalten haben könnten. Ehrenbergmann Platzeck jedenfalls hatte wenige Monate zuvor persönlich mit der EU-Kommission telefoniert, um trotz der EU-Rechtssprechung vorzeitig eine zustimmende „Stellungnahme“ zu bekommen. Ob er diese Gewohnheit ablegen konnte, als sein Lieblingsunternehmen erneut in Not war?

Die Botschaft des gesamten Gerichtsbeschlusses ist also einfach: ein Energiekonzern hat immer Recht. Nach den Diskussionen der letzten Wochen, gerade um Vattenfall, kann man diese Sichtweise getrost als Fossil aus einer energiepolitischen Steinzeit betrachten, deren Tage gezählt sind. Genau deshalb mußte der Versuch unternommen werden, den Rechtsweg zu beschreiten,, denn das Aussterben der Fossilköpfe hätte auch schneller gehen können. Man kann aber trotzdem daraus die Lehre ziehen, es möglichst nicht noch einmal bis zum Gerichtsverfahren kommen zu lassen, sondern vor allem am politischen Klima zu arbeiten. Wer im Herbst eine Volksinitiative gegen neue Tagebaue in Brandenburg unterzeichnet, tritt an genau der richtigen Stelle für eine neue Zeit ein. Wer als Stromkunde hilft, das Geld neu zu verteilen natürlich ebenfalls.